

Notizen

Beim jüngsten ökumenischen Symposium der Stiftung „Pro Oriente“ in Wien zeichnete der rumänisch-orthodoxe Metropolit von Transylvanien, *Antonie Plamadeala*, ein zwiespältiges Bild vom derzeitigen Stand des *katholisch-orthodoxen Dialogs*. Prophetischen Worten des Papstes, die Hoffnung gäben, stünden Äußerungen aus dem Bereich der Kurie gegenüber, die in der Orthodoxie Mißtrauen ausgelöst hätten. Das sei auch der Grund dafür, warum die orthodoxe Mißtrauen ausgelöst hätten. Das Ergebnis des bisherigen Gesprächs kaum reagiert hätten. Die Orthodoxen hätten den Eindruck, daß in der katholischen Kirche das konziliare Prinzip zwar rehabilitiert sei, aber im Leben der westlichen Kirche nach wie vor unvollständig ausgedrückt und verstanden werde.

In einem gemeinsamen Schreiben an den Vorsitzenden der Rundfunkkommission der Länder, den rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten *Bernhard Vogel*, fordern die Kirchen eine angemessene Berücksichtigung in künftigen privatrechtlich organisierten Rundfunkprogrammen. Im Zusammenhang mit den Beratungen über einen Staatsvertrag der Bundesländer zur Neuordnung des Rundfunkwesens sprechen sich der Leiter der Zentralstelle Medien der Deutschen Bischofskonferenz, *Peter Dusterfeld*, und der Fernsehbeauftragte des Rates der EKD, *Hans-Wolfgang Heßler*, für die Schaffung einer gemeinsamen Medienbehörde der Bundesländer aus, die für die Zulassung bundesweiter Programmveranstalter und die Zuteilung von Frequenzen, Kabel- und Satellitenkanäle zuständig sein sollte. Die Programme privater Anbieter sollten auf einen angemessenen Anteil an Bildung, Information und Beratung sowie inländische Produktionen verpflichtet werden. Sonn- und Feiertagswerbung müsse weiterhin verboten bleiben. Von einem Staatsvertrag versprechen die Kirchen sich vor allem eine Sicherung der Meinungsvielfalt. Dem Anspruch der Kirchen, mit gottesdienstlichen Veranstaltungen und anderen Beiträgen zu Wort kommen zu können, solle nach dem Vorbild des ZDF-Staatsvertrags entsprochen werden.

Gegen die seit 1981 besonders restriktive Ausländerpolitik in Bund und Ländern hat sich der Bischof *Georg Moser* von Rottenburg/Stuttgart ausgesprochen. Bei einem Symposium der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen aus Anlaß der Woche der ausländischen Mitbürger forderte Moser dazu auf, das Konzept einer durchgängigen Ausländerpolitik anstelle von Einzelmaßnahmen zu entwickeln. Die Kirche werde weiterhin als Anwalt der Ausländer auftreten und die Sicherung ihres arbeits- und aufenthaltsrechtlichen Status verlangen. Vor allem müsse Schluß sein

„mit dem unwürdigen und menschenverachtenden Spiel der ständig wiederholten Androhung noch weitergehender Nachzugsbeschränkungen für Kinder und Ehegatten“. Schon das bestehende dreijährige Nachzugsverbot stelle eine Zumutung dar.

Der Leitende Bischof der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands, *Karlbeinz Stoll* (Schleswig), hat zum Michaelistag dieses Jahres einen Brief an alle Kirchenvorstände im Bereich der VELKD gerichtet. Darin werden die Kirchenvorsteher gebeten, die *missionarischen Möglichkeiten* in ihrer jeweiligen Gemeinde neu zu erkunden und neue Wege zu versuchen. Für viele Christen, so heißt es in dem Brief, könne es künftig der Normalzustand sein, in der Vereinzelung zu leben. Wichtigste Aufgabe wäre es dann, „daß wir diasporafester, für unseren Glauben sprachfähiger und als Mitglieder der Kirche selbstbewußter werden“. Beim missionarischen Handeln gehe es darum, phantasievoll in der Öffentlichkeit präsent zu sein und dabei Fernstehenden auch punktuell mit dem Evangelium zu begegnen, gleichzeitig aber auch die Dimension der Gemeinschaft wieder zu entdecken und sich zu bemühen, den Glauben im ganzen Leben zu verwurzeln.

Zwanzig Jahre nach der Veröffentlichung der Ostdenkschrift der EKD im Oktober 1965 fand in der Warschauer lutherischen Trinitatiskirche jetzt ein *gemeinsamer Gottesdienst deutscher und polnischer Protestanten* statt. Die Predigten hielten der stellvertretende EKD-Ratsvorsitzende *Helmut Hild* und der polnische lutherische Bischof *Janusz Narzynski*. Narzynski sagte unter anderem, in der geteilten und streitsüchtigen Welt habe die Ostdenkschrift der EKD den Christen neu bewußt gemacht, daß die Versöhnung mit dem Nächsten eine unabdingbare Voraussetzung für die Anbetung Gottes und auch die unerläßliche Bedingung eines friedlichen Lebens aus der Vergebung heraus in der Welt sei.

Der ehemalige Erzbischof von Paris, *Kardinal François Marty*, äußerte sich in einem Interview mit der italienischen Tageszeitung „Il Tempo“ zu Fragen des priesterlichen Amtsverständnisses. Ebenso wie die Kirche nicht außerhalb der Welt stehe, stehe der Priester nicht außerhalb der Kirche. Marty fragt, ob es nicht eine seltsame Ausdrucksweise sei, von Priestern und Gläubigen zu sprechen, so als seien Priester nicht auch in erster Linie Gläubige. Die vorrangige Sorge der Priester dürfe es nicht sein, sich auf die eigene Unterscheidung zu versteifen, sondern sich dafür einzusetzen, daß alle und jeder ihren bzw. seinen wahren Platz in der Kirche einnehmen können. Der Wille zum missionarischen Wirken

lasse heute die Priester aus einer doppelten Marginalisierung heraustreten, einerseits derjenigen der Kirche der Welt gegenüber und andererseits derjenigen der Priester selbst im Verhältnis zu anderen Christen.

In einem gemeinsamen Hirtenbrief haben die *belgischen Bischöfe* die Katholiken ihres Landes dazu aufgerufen, ihren Glauben zu vertiefen und ihn im Alltag bewußt zu leben. Trotz des materiellen, technischen und sozialen Fortschritts seien viele Menschen entmutigt, die Gesellschaft sei enttäuscht, verbittert und unglücklich. Nur die gute Nachricht des Evangeliums könne die Menschen mit der ersehnten Freude am Leben erfüllen: „Wir sind eingeladen, unseren Glauben besser verstehen zu lernen, ihn in der Liturgie zu feiern und ihn im alltäglichen praktischen Handeln und Verhalten zu leben.“ Besondere Bedeutung wird von den Bischöfen der Erziehung und der Katechese beigemessen. Das Evangelium sei in seiner ursprünglichen Reinheit und im Zusammenhang mit dem „Schatz der großen Tradition der Kirche“ zu verkünden.

Von der Möglichkeit, eine nationale Synode der Bischöfe in den USA abzuhalten, hat der Vorsitzende der US-Bischofskonferenz, Bischof *James Malone*, gesprochen. Vor einer Gruppe von Priestern, Ordensleuten und Laien, die der US-Bischofskonferenz als Beratergremium zugeordnet sind, meinte Malone, es könnte durchaus ein Bedarf für ein solches nationales Konzil bestehen. Mehr als ein Jahrhundert ist vergangen, seitdem die US-Bischöfe 1884 zum letztenmal zu einer nationalen Bischofssynode in Baltimore zusammenkamen. In ähnlicher Weise haben sich die US-Bischöfe im übrigen auch in ihrem Antwortschreiben zur Vorbereitung der außerordentlichen Bischofssynode (vgl. ds. Heft S. 522) verhalten lassen.

In einem KNA-Interview beklagte der Erzbischof von Guatemala-City, *Próspero Penados del Barrio*, die soziale Ungerechtigkeit und die immer noch zu registrierenden Menschenrechtsverletzungen in Guatemala. Der Terror habe unter der gegenwärtigen Regierung nachgelassen, es gebe aber immer noch Entführungen und Verschollene. Auf dem Land komme es immer noch vor, daß Schwerbewaffnete in die Hütten der Bauern eindringen und sie verschleppen. Die Kirche in Guatemala unterstütze zahlreiche Kooperativen, sie erteile Unterricht zu Menschenrechtsfragen, Ackerbau, Gesundheit und sozialer Kommunikation.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegen je ein Prospekt des *Patmos Verlages, Düsseldorf*, des *Verlages Herder, Freiburg*, und einem Teil der Auflage des *Christophorus-Verlages, Freiburg*, bei.